

**Sozialpolitische Entwicklungen zum Thema
„Inklusion in Arbeit“
Stand zum Bundesteilhabegesetz**

Jahrestagung BAG IDA
12.05.2015

- Koalitionsvertrag: 5 Mrd. Euro sind als Entlastung den Kommunen zugesagt
- Gleichzeitig: Konsequente Orientierung an Teilhabe
- Es soll Leistungsverbesserungen geben, aber (bisher?) ohne zusätzliches Geld

Die Gemeinden, Städte und Landkreise in Deutschland sollen weiter finanziell entlastet werden. ... **Darüber hinaus sollen die Kommunen im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von fünf Milliarden jährlich von der Eingliederungshilfe entlastet werden.** Bereits vor der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes beginnen wir mit einer jährlichen Entlastung der Kommunen in Höhe von einer Milliarde Euro pro Jahr.

- Keine „zusätzliche“ Ausgabendynamik
- Suche nach „Synergien“
- BM Schäuble als Retter?
- AG BTHG: es war (erwartbar) kein Konsens zu erreichen: Festlegungen erst im Referentenentwurf

- Große Lösung? – Verknüpfung der Reformen SGB VIII, IX und XII
- Gesetz zustimmungspflichtig: Zeitfenster Große Koalition
- Politische Anliegen müssen jetzt formuliert werden!

Wege der Kommunalentlastung?

caritas

- Verfassungsrechtliche Grenzen
- Bundesteilhabegeld
 - Mit oder ohne (Teil-)Anrechnung?
 - Konflikte Kommunen und Länder
- Behinderte Menschen als Geldboten?
- Andere Wege der Entlastung (KdU)?
- Kopplung aus politischen Gründen notwendig

- Wechselwirkung zwischen Beeinträchtigung und Umweltbedingungen
- Hürden zum Arbeitsmarkt als wichtige Beeinträchtigung
- Teilhabe einschränkung als entscheidendes Kriterium des Hilfebedarfs

- Ordnungspolitische Interessen des DCV
- Offen gestaltetes SRD, freier Marktzutritt
- Stärkung der Stellung der Nutzer
 - Unabhängige Beratung
- Steuerungsdefizite der Leistungsträger?
 - Phänomene angebotsinduzierter Nachfrage?
 - Sanktionen bei Vertragsverletzung durch Anbieter

- **Teilhabeplanung oder Angebotsplanung?**
 - **Unterversorgung im ländlichen Raum?**
- **Steuerung der Zulassung zur Leistungserbringung?**
- **Steuerung ohne Bedarfsplanung möglich**
- **Keine Planung ohne Fehlplanung**

Bedarfsplanung?

caritas

- Bedarfsplanung hemmt Innovation
- Weg in die Ausschreibung nach Vergaberecht
 - Vermeidung eines staatlichen Auftrags
 - Europarechtliche Vorgaben

- Leben auf Sozialhilfeniveau trotz qualifizierter Arbeit
- Heranziehung des Partners: Faktisches „Heiratsverbot“
- Widerspruch zur UN-BRK?
- Weitgehender Konsens bezüglich Änderung
- Vermutlich in Schritten

Trennung Fachleistung – existenzsichernde
Leistung

caritas

- Erfordert Differenzierung zwischen Existenzsicherung und Teilhabeleistungen
- Folgen für das System der Vergütung
- Abgrenzungen: neue Schnittstellen
- Bisher keine eindeutigen Kriterien

- UN-BRK: Zugang zur Teilhabe am Arbeitsleben
- „Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung“??
- Alternativen zur WfbM
- Leistungsträger in den WfbM?

- WfbM weiterhin als Option, Wahlrecht
- Rückkehrrecht?
- Rentenrechtliche Ansprüche als Hemmnis für Wechsel in regulären Arbeitsmarkt

- Minderleistungsausgleich/Budget für Arbeit
- Persönliches Budget für Teilhabe am Arbeitsleben nutzen
- Förderung von Integrationsfirmen
- Belange von Menschen mit psychischen Erkrankungen

- Umfeld: Gute Arbeitsmarktsituation
- Sicherheit des Arbeitsplatzes: weiterhin Sorge, aber Wandel des politischen Klimas
- Verfestigter Kern der Langzeitarbeitslosigkeit
- ABM: Verbrannte Erde
- Klare Zielgruppenbeschränkung!!

- Gespräch BM Arbeit und Soziales
- Gespräche mit Handwerk und BDA
- DGB höchst reserviert; Unterstellung erwerbswirtschaftlicher Interessen
- Grundfrage: Teilhabe als eigenständiges Ziel der Arbeitsmarktpolitik

- Für Gesamtbilanz derzeit noch zu früh
- Derzeit sehr gute gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen
- Auf der Markoebene keine Verwerfung

- Aber: genauer hinsehen
- Rückgang der geringfügigen Beschäftigung
- Mehr Schwarzarbeit in kritischen Bereichen
- Grenzregionen?
- Aufgabe der Mindestlohnkommission

- Relevanz für BAG IDA?
- Harter Kern war arbeitslos auch vor Einführung des Mindestlohns
- Erschwerter Übergang?
- Anreize für Wechsel in nicht geförderte Beschäftigung?